

vorneweich 04

Gemeinsam gekämpft - Gemeinsam entscheiden

Die SPD in Sachsen-Anhalt steht vor der Frage: Regierungsteilnahme oder Opposition?



Foto: Paulin Amler

Delegierte auf dem Sonderparteitag in Leuna bei einer Abstimmung.

Am 6. Juni haben wir eine Wahlniederlage einstecken müssen. In Ortsvereinen, auf Mitgliederversammlungen der Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften und viele Stunden lang in Landesvorstand und Landesparteierrat haben wir uns seither gefragt: Haben wir die richtigen Themen und Personen nach vorn gestellt? Warum sind wir mit unseren Zielen und Vorhaben nicht durchgedrungen? Hat unsere Art der Kommunikation gestimmt?

Die Auswertung der Wahl ist nicht vorbei. Der Landesvorstand hat mit den Kreisvorsitzenden abgesprochen, dass in den Kreisverbänden mindestens eine, für jedes Mitglied erreichbare Veranstaltung zur Wahlauswertung stattfinden. Wir werden die Rückläufe daraus sammeln, die Kandidierenden und die Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter der einzelnen Wahlkreise bitten, ihre Erfahrungen, Anmerkungen und Kritik aufzuschreiben. Wir werden eine Arbeitsgruppe Wahlauswertung gründen, Handlungsempfehlungen erarbeiten und Konsequenzen für unsere Arbeit ziehen.

Währenddessen hat die SPD in Sachsen-Anhalt sich auf den Weg gemacht, eine Frage zu beantworten, die mit dem Ergebnis der Landtagswahl nicht nur deshalb etwas zu tun hat, weil das die Möglichkeit einer Regierungsteilnahme der SPD eröffnet.

Am Montag nach der Landtagswahl haben Landesparteierrat und Landesvorstand jeweils einstimmig beschlossen, dass wir Sondierungsgespräche mit der CDU über eventuelle Koalitionsverhandlungen aufnehmen, wenn wir dazu eingeladen werden. Sondierungsgesprächen --annehmen. Andreas Dittmann, Petra Grimm-Benne, Juliane Kleemann, Katja Pähle, Andreas Schmidt und Armin Willingmann haben die Sondierungsgespräche geführt.

Das Sondierungsteam hat sich von dem Gedanken leiten lassen, der alle Ziele und Vorhaben unseres Wahlprogramms verbindet. Unser Land steht 30 Jahre nach der Wiedervereinigung vor einem neuen Abschnitt. Die Zeit der Prozesse, die sich in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem Begriff des Aufholens auf den Westen verbunden hat, ist vorbei. Die

Zeit der demographischen Schrumpfung ist es nicht. Ob wir es schaffen, in den kommenden fünf bis zehn Jahren die Schrumpfung umzukehren entscheidet über den Weg des Landes für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts. Wir kämpfen für ein Land, in dem Wertschöpfung in dem auf der Basis einer technologisch durchgreifend erneuerten Industrie, mit guten Jobs und Firmen, deren Hauptsitze im Land liegen, wächst, ein Land das Menschen anzieht, in dem man gut und sicher leben, arbeiten und Kinder großziehen kann. Ein Land, das in allen Regionen wieder wächst, statt schrumpft, das jünger wird und bunter statt alt und grau, ein Land, in dem Wohlstand erworben wird und in dem die Schwachen nicht zurückgelassen werden.

Gute Jobs, die gut bezahlt werden, eine erreichbare und qualitätvolle Gesundheitsversorgung, mehr Lehrer und eine Schule, die den Herausforderungen von morgen genügt, Kreise und Gemeinden, die Lebensqualität sicherstellen, Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung, beherrztes Zupacken bei der Überwindung der Pandemiefolgen und eine zu-



Foto: Paulin Amler

Katja Pähle spricht auf dem Sonderparteitag in Leuna.

kunftsfähige Wirtschaftsstruktur mit neuen Branchen und Produkten auf dem Weg zur Klimaneutralität, gesellschaftliche Modernisierung und Weltoffenheit das sind die Stichworte unter denen die wesentlichen Ziele unseres Programms stehen. Diese Stichworte standen auch im Mittelpunkt der Sondierungsgespräche.

Wir haben erreicht, dass es im Fall einer Koalition unter Beteiligung der SPD folgende Punkte in einen Koalitionsvertrag aufgenommen und ohne Finanzvorbehalt umgesetzt werden:

- | 1 die Verabschiedung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes,
- | 2 eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz,
- | 3 ein Sondervermögen für Investitionen zur Pandemiefolgenbekämpfung zu schaffen,
- | 4 dass in der beginnenden Legislaturperiode das geltende Kinderförderungsgesetz (KiföG) und sein Leistungsumfang Bestand haben,
- | 5 die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im gesamten Land auf der Basis der bestehenden Krankenhausstandorte mit Investitionen des Landes,
- | 6 weiterhin das Ziel der 103% Unterrichtsversorgung anzustreben und die Schulstruktur mit allen Schulformen zu erhalten,
- | 7 ein Neustartprogramm für von den Pandemiefolgen betroffenen Teile der Wirtschaft des Landes aufzulegen,
- | 8 die in der abgelaufenen Legislaturperiode bearbeiteten und begonnenen Projekte fortzuführen,
- | 9 den Ausgleich der coronabedingten Mehraufwendungen der Hochschulen anzustreben,

| 10 das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wie auch das Landesprogramm für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus fortzuführen,

| 11 ein Agrarstrukturgesetz zu verabschieden.

Das bedeutet nicht, dass es nicht andere bedeutende Themen gäbe andere Streitpunkte, an denen die Entscheidung zu einem Koalitionsvertrag sich entscheidend messen könnte. Über alle diese Themen und alle landespolitischen Themenfelder an sich, führen wir in diesen Tagen Koalitionsverhandlungen. Das hat unser Landesparteitag am 16. Juli mit großer Mehrheit entschieden.

Der Parteitag hat dabei eine Reihe von Zielen, die wir in Verhandlungen erreichen wollen, herausgehoben:

- | 1 Sachsen-Anhalt braucht einen Klimaschutzkonvent, der Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Bürger:innen zusammenbringt, um der Umsetzung von Energiewende- und Klimaschutzmaßnahmen im Land Schub zu verleihen.
- | 2 Die Gleichstellungspolitik muss wieder zu einem wichtigen Feld des Regierungshandelns werden, dazu gehört u.a. die Umsetzung der Istanbul-Konvention mittels eines eigenständigen Aktionsplans, die Sicherstellung der Unterstützung, Beratung, Begleitung von Gewaltopfern und LSBTIQ-Personen, die Stärkung der geschlechtersensiblen Berufsorientierung, die Weiterentwicklung des Frauenförderungsgesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz.
- | 3 Wir brauchen eine tarifgerechte Bezahlung aller vom Land geförderter Träger.
- | 4 Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Führungspositionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft wie auch anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist Ziel unserer Politik. In den unterschiedlichen Bereichen werden wir geeignete Instrumente

einsetzen um die gleichberechtigte Teilhabe voran zu bringen.

- | 5 Wir wollen Mobilität in allen Regionen des Landes sichern. Dazu gehört für uns ein klimafreundliches, sozial verträgliches ÖPNV Angebot, dass alle Regionen und Orte erschließt.
- | 6 Wir müssen die Zahl der Polizeibeamt:innen in Sachsen-Anhalt auf 7.000 erhöhen.
- | 7 Wir wollen eine:n unabhängige:n Polizeibeauftragte:n als Ansprechperson für Bürger:innen und Polizei.
- | 8 Unser Wald braucht eine Initiative zur Waldschadensbeseitigung und Wiederaufforstung.
- | 9 Der Strukturwandel muss mit den Menschen vor Ort gemeinsam gestaltet werden, deshalb wollen wir eine Mitbestimmung über die Mittel vor Ort.
- | 10 Wir wollen einen Pakt für Kinder und Jugendliche, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Dazu gehört ein Investitionsprogramm für Jugendclubs und die Stärkung der Jugendarbeit, insbesondere im ländlichen Raum (Flächenfaktor).
- | 11 Wir wollen die Schulgeldfreiheit für die erste Berufsausbildung.
- | 12 Sachsen-Anhalt muss sich klar gegen jede Menschenfeindlichkeit stellen, deshalb sorgen wir für eine Verstärkung der bislang ESF-geförderten Antidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung erfahren haben, sowie einer:s vom Parlament gewählten Antidiskriminierungsbeauftragten und einem Landesantidiskriminierungsgesetz.
- | 13 Unser Land braucht jeden Menschen, der hier gerne lernen, arbeiten und leben will. Deshalb wollen wir die Etablierung eines Welcome-Centers, das Information und Service für Zuwanderer

derungsinteressierte, internationale Fachkräfte und Unternehmen aus einer Hand anbietet, damit Sachsen-Anhalt vom Fachkräfteeinwanderungsgesetzes besser profitiert. Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung sollen stärker dafür genutzt werden, um die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen zu erleichtern.

- | 14 Wir brauchen ausreichend Referendariatsplätze für Lehramtsabsolvent:innen in Sachsen-Anhalt, so dass es eine Garantie auf einen Referendariatsplatz gibt.
- | 15 Sachsen-Anhalt soll ein sicherer Hafen für Menschen in Not werden - wir wollen, dass sich unser Bundesland an der Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen beteiligt.
- | 16 Wir wollen eine moderne, leistungsfähige und personell gut ausgestattete Verwaltung im Land und in den Kommunen, die eingebettet in eine umfassende E-Governmentstrategie mit sicheren IT-gestützten Dienstleistungen den Bürger:innen zur Verfügung steht, und Menschen ohne digitalen Anschluss oder Anschlusswillen nicht ausschließt.
- | 17 Wir wollen einen modernen, gut funktionierenden Rechtsstaat garantieren, in dem eine gut personell und sachlich ausgestattete Polizei und Justiz die sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse aktiv begleiten

und Fehlentwicklungen offensiv und entschlossen entgegenzutreten.

- | 18 Wir wollen für künftige Ernstfälle - ob Pandemien oder andere z.B. klimabedingte Krisenfälle - vorsorgen und mit gesteigerten Investitionen den Öffentlichen Gesundheitsdienst, den Brandschutz und den Katastrophenschutz stärken.
- | 19 Wir wollen ein Zukunftsprogramm für den ländlichen Raum auflegen, das u.a. mit mehr regionaler Strukturpolitik, Verbesserung der Lebensverhältnisse für Familien abseits großer Städte und intelligenter Eigenheimförderung, attraktiven Bildungslandschaften und starken Wirtschaftsstandorten sowie Entwicklungsmöglichkeiten für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement zu Bleiben und Hinzukommen motiviert.

Im August wird ein Mitgliederentscheid über den Entwurf des Koalitionsvertrags und damit über die Frage nach Regierung oder Opposition entscheiden. Die Delegierten des Landesparteitags haben sich die Entscheidung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen nicht leicht gemacht. Wir alle werden uns die endgültige Entscheidung nicht leicht machen und leicht ist sie auch nicht.

Wichtig ist: Am Ende entscheiden wir **gemeinsam**.



Mitgliederentscheid zur Frage der Regierungsbeteiligung



Foto: Paulin Amler

Der Landesparteitag am 16. Juli 2021 hat die Aufnahme von Koalitionsgesprächen beschlossen. Über das Ergebnis der Gespräche, also die Regierungsbeteiligung, sollen die Mitglieder in einem Mitgliederentscheid entscheiden. Die Abstimmung erfolgt ausschließlich per Briefwahl.

Es gelten folgende Rahmendaten:

- Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die am 01. August 2021, 24 Uhr in der Mitglieder-datenbank erfasst sind
- 10. August 2021 versandt der Briefwahl-unterlagen
- Im Zeitraum 18. - 25. August finden fünf Regionalkonferenzen statt
- Abstimmungszeitraum ist der 16. August bis 03. September 2021 (Einsendeschluss 24 Uhr in der Landesgeschäftsstelle)
- Auszählung erfolgt am 04. September 2021, ab 10 Uhr im Ernst-Reuter-Haus, Bürgelstr. 1 in Magdeburg

Der angedachte Ablauf mit den genannten Daten kann so nur stattfinden, wenn die Koalitionsverhandlungen wie angedacht bis zum Ende der ersten Augustwoche abgeschlossen sind.

Für Fragen steht die Landesgeschäftsstelle unter 0391 536560 oder zur Verfügung.

ASF-Frauen erstmals mit Doppelspitze



Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen



Erstmals in ihrer Geschichte wird die ASF auf Bundesebene von einer Doppelspitze angeführt.

Auf der digitalen Bundeskonferenz am 17./18. Juli 2021 wurden Maria Noichl aus Bayern und Ulrike Häfner aus Brandenburg mit großer Mehrheit von den 150 Delegierten gewählt. „West und Ost, Nord und Süd. Das passt wunderbar zusammen“, meinen die beiden Kandidatinnen.

Im Zentrum der zweitägigen Konferenz unter dem Motto #LAUTERFRAUEN stand die Beratung von mehr als 100 Anträgen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur partnerschaftlicher Aufteilung von Care Arbeit, der Umsetzung der Istanbul-Konvention, zur Bekämpfung von (digitaler) Gewalt und natürlich auch zur Abschaffung des §218 und §219a StGB. Die Beschlüsse können im Detail bald auf www.asf.spd.de nachgelesen werden.

Am Sonntag fand zudem eine „Gender-Equality-Matinee“ unter Beteiligung der Gießener Ärztin Kristina Hänel, der stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats, Lisi Mayer, und der stv. SPD-Vorsitzenden Klara Geywitz statt. Bezogen auf die große

Koalition unterstrich Klara Geywitz, dass gleichstellungspolitische Fortschritte immer nur gegen den Widerstand der CDU/CSU errungen werden konnten. Daher müssen wir für eine fortschrittliche Regierung kämpfen, um die Anliegen der ASF-Frauen auch in die Realität umsetzen zu können.

Nach fünf Jahren engagierter Mitarbeit schied die bisherige Vertreterin der ASF Sachsen-Anhalt, Maike Lechler, nun aus dem Bundesvorstand aus. „Ich danke Maike für ihre tolle und engagierte Arbeit im Bundesvorstand und wünsche ihr alles Gute“, so die ASF-Landesvorsitzende Sarah Schulze.



Foto: ASF Bundesvorstand

Ulrike Häfner und Maria Noichl

Termine



09. Oktober 2021
digitale Landesdelegiertenkonferenz der Jusos



14.08.2021, 9:30 Uhr
Ernst-Reuter-Haus Magdeburg, Vorstandswahlen der AG Queer

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
Redaktion: Chris Henze
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an: redaktion@vornewech.de
Anschrift: SPD Sachsen-Anhalt
Redaktion vornewech
Bürgelstraße 1, 391054 Magdeburg

Erscheint online auf vornewech.de